

Kurzanalyse

1 / März 2020



Europäische Entfremdungsprozesse und ihre Dynamik in Südosteuropa in Zeiten der Corona-Krise

Vedran Dzihic



Kurzanalyse verfasst im Rahmen der Kooperation mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung

Zusammenfassung

Im März 2020 brach die Corona-Krise wie ein Tsunami über Europa ein. Der Kampf gegen das Virus löste nationale und nationalistische Reflexe aus und offenbarte Schwächen der Europäischen Union in ihrer außenpolitischen Handlungsfähigkeit. Die Erweiterungspolitik als zentrales Element der EU-Beziehung zu Südosteuropa befindet sich bereits seit einiger Zeit in der Krise. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie sich die Corona-Krise auf die Beziehungen zwischen der EU und den Beitrittskandidaten auf dem Westbalkan auswirkt. Die Kurzanalyse vertritt die These, dass es bereits seit einiger Zeit einen schleichenden Prozess der Entfremdung zwischen der EU und einigen Staaten der Region gibt. Dieser Prozess verstärkt sich offensichtlich im Kontext der Corona-Krise und trägt zu einer noch stärkeren Hinwendung zu anderen geopolitischen Playern wie China oder Russland bei. Vor diesem Hintergrund erhöht sich in Zeiten der Corona-Krise die Gefahr, dass die autoritären Praktiken in einzelnen Staaten der Region stärker werden und die Demokratieentwicklung in der Region einen weiteren Schaden erfährt.

In der vorliegenden Analyse werden die neuesten Entwicklungen in der Zeit der Corona-Krise in den Kontext der längerfristigen strukturellen Entwicklung der Region und der EU-Integration in Südosteuropa gestellt. Die Corona-Krise birgt in sich eine verstärkte Gefahr der weiteren Entfremdung zwischen der EU und Südosteuropa, könnte aber in einem positiven Szenario zu einer Revitalisierung dieser Beziehung führen.

Keywords:

Europa, EU-Erweiterung, Corona-Krise, Westbalkan, Demokratie, Autoritarismus

Autor

Dr. Vedran Dzihic ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am oiip und lehrt am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Zu seinen thematischen Schwerpunkten gehören Südosteuropa, EU-Erweiterung, Demokratie- und Autoritarismusforschung und Nationalismus.

Impressum:

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip,
1090 Wien, Berggasse 7, www.oiip.ac.at, info@oiip.ac.at
Copyright © 2020

Die (südost)-europäischen Entfremdungsprozesse – Einleitung

Im März 2020 brach die Corona-Krise wie ein Tsunami über Europa ein. Der Kampf gegen das Virus löste nationale und nationalistische Reflexe aus und offenbarte vor allem wieder einmal die Schwäche der Europäischen Union. Die Schließung der EU Außengrenzen, Grenzschließungen innerhalb der EU, auch des Schengen Raumes sowie die mangelnde Solidarität und Hilfestellung für die besonders betroffene Staaten wie Italien oder Spanien und die Ankündigungen der EU-Kommissionspräsidentin, die Ausfuhr medizinischer Artikel zu verbieten, verdeutlichen die Probleme der EU, einen gemeinschaftlichen Umgang mit der Corona-Krise zu finden. Besonders bedenklich ist in diesem Zusammenhang der Versuch des ungarischen Premierministers Victor Orban mit dem Hinweis auf die Herausforderungen der Corona-Krise, den parlamentarischen Rechtsstaat auszuschalten und für unbestimmte Zeit per Dekret zu regieren. Diese Entwicklung trägt zu einer weiteren Vertiefung der immer stärker spürbaren Gräben zwischen östlichen und westlichen Mitgliedsstaaten bei.

Brüssel reagierte sehr langsam mit einer gemeinsamen EU Politik auf die Corona-Krise. Erst ab Mitte März liefen erste Hilfsprogramme an, und auch die Solidarität zwischen den Staaten der EU wurde sichtbarer. Schritt für Schritt versuchte die EU das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen. So wurden beispielsweise die lange Zeit als sakrosankt geltenden europäischen Schulden- und De-

fizitregeln am 23. März ausgesetzt. Die Entscheidungen kommen allerdings recht spät und vor allem hinken sie nationalen Alleingängen hinterher. Es lässt sich kaum der Eindruck vermeiden, dass die EU aus dieser Krise nicht gestärkt, sondern eher weiter geschwächt hervorgehen wird. Dies wird die nicht erst seit dem Beginn der Corona-Krise angeschlagene außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU weiter einschränken. Bereits vor der Corona-Krise zeigte sich an den Entwicklungen rund um eine neue Fluchtbewegung und die Drohungen des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, den EU-Türkei-Flüchtlingsdeal aufzukündigen und die Flüchtlinge auf ihrem Weg Richtung EU nicht mehr hindern zu wollen, eine limitierte Reaktions- und Handlungsfähigkeit der EU. Viele ExpertInnen und Meinungsbilder in der EU kritisierten auch die mangelnde Solidarität seitens der EU bei der Unterstützung, der Aufnahme und der Verteilung der Flüchtlinge in den komplett überfüllten Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln.

Vor diesem Hintergrund fokussiert diese Kurzanalyse auf die Beziehung zwischen der EU und Südosteuropa und geht der Frage nach, wie sich die Corona-Krise auf die Beziehungen mit den Beitrittskandidaten auf dem Westbalkan auswirkt. Die Kurzanalyse vertritt die These, dass die Erweiterungspolitik als zentrales Element der EU-Beziehung zur Region bereits seit einiger Zeit an Durchschlagskraft verloren hat und einige EU Mitgliedsstaaten ihr Interesse an einer weiteren Erweiterungsrunde verloren haben. Mit der Ungewissheit über den weiteren Verlauf der EU-Integra-

tion verweist sie auf jenes fundamentale Dilemma innerhalb der EU, was sich auch in der jüngsten Debatte rund um die französische Blockade mit Beginn der Beitrittsverhandlungen gezeigt hat. Es ist das Dilemma einer Union, die sich in einem ungewissen Prozess der Selbstvergewisserung befindet, in dem trotz der programmatischen Ankündigung von EU-Granden das Erweiterungsprojekt keinen festen und wichtigen Platz hat. Im Zuge der Brexit-Debatte und der Diskussion über die Vertiefung und Konsolidierung im Inneren, wurde die Erweiterung als ein wichtiges Ziel der EU in den Hintergrund gedrängt. Die Ungewissheit über den Prozess, seine Vorhersehbarkeit und seinen finalen Ausgang trägt dazu bei, dass der politische Wille der lokalen EntscheidungsträgerInnen bzw. die Lust der Bevölkerung, diesen Prozess mit aller Kraft und als erste Priorität zu behandeln, abnimmt. Parallel dazu wenden sich in einigen Staaten des Westbalkans die lokalen Eliten und Machthaber immer stärker von der EU als maßgebendem geopolitischen Akteur ab. Dieser Prozess der Entfremdung verstärkt sich offensichtlich bereits am Beginn der Corona-Krise. Damit erhöht sich auch die Gefahr, dass die autoritären Praktiken in einzelnen Staaten der Region stärker werden und die Demokratieentwicklung in der Region einen weiteren Schaden erfährt.

In der vorliegenden Analyse werden die neuesten Entwicklungen in der Zeit der Corona-Krise in den Kontext der längerfristigen strukturellen Entwicklung der Region und der EU-Integration in Südosteuropa gestellt. Die Corona-Krise birgt in sich eine verstärkte Gefahr der weiteren Entfremdung zwischen der EU und Südosteuropa, könnte aber in

einem positiven Szenario zu einer Revitalisierung dieser Beziehung führen.

Erweiterungspolitik der EU in der Dauerkrise?

Noch bevor die Corona-Krise so gut wie alle anderen Debatten innerhalb der EU und in Südosteuropa in den Hintergrund drängte, stand die Erweiterungspolitik der EU in Bezug auf den Westbalkan auf der Kippe. Der Anlass der jüngsten „Beitrittskrise“ war die Blockierung der Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit Nord-Mazedonien und Albanien durch die französische und niederländische Regierung, und dies obwohl die beiden Beitrittskandidaten die von der EU definierten Bedingungen für die Aufnahme der Gespräche erfüllt hatten. Dies gilt vor allem für Nord-Mazedonien, das in einem sehr schwierigen Prozess nach dem Sturz des autoritär regierenden ehemaligen Premierministers, Nikola Gruevski, harte Reformen eingeleitet und unter größtem innenpolitischem Risiko den jahrzehntelangen Namensstreit mit Griechenland gelöst hatte. Die Entscheidung, die Verhandlungsgespräche mit beiden Staaten trotz des abgegebenen Versprechens nicht zu beginnen, löste auf dem Westbalkan einen Schock aus. Die Glaubwürdigkeit der EU und die Konditionalität als zentrales Instrumentarium der EU wurden damit stark beschädigt. Die Entscheidung in Frankreich und Holland verstärkte bei vielen KommentatorInnen und ExpertInnen aber vor allem auch in der breiten Bevölkerung die generellen Zweifel, ob die EU uns will oder nicht bzw. die Frage nach der eigenen Zuge-

hörigkeit zu Europa. Generell hat die jüngste Debatte rund um die französische Blockade des Prozesses das zentrale Dilemma der EU, das dem Prozess der Erweiterung vom Beginn an innewohnte und sich in den letzten Jahren stark verstärkt hat, noch einmal verdeutlicht. Auf Grund der schwankenden und wenig konsistenten Erweiterungspolitik der EU in den letzten Jahren verstärkt sich die Ungewissheit über den Prozess, über seine Dauer und seine Finalität. Diese Ungewissheit mündet direkt in einen Prozess der teilweisen Entfremdung zwischen Teilen der Region und der EU. Sie führt auch dazu, dass die autoritären und nationalistischen Kräfte in der Region immer stärker „an der EU vorbei“ agieren und damit Demokratie untergraben.

Am Gipfeltreffen von Thessaloniki im Jahr 2003 gab die EU den Staaten des ehemaligen Jugoslawien und Albanien ein starkes Versprechen, dass sie in absehbarer Zeit volle Mitglieder der Union sein werden. Die EU schien all das zu verkörpern, was die Bevölkerungen der Staaten der Regionen sehnlich wünschten – Stabilität, Wohlstand, Prosperität. Die EU fungierte in der Region als eine transformative Kraft. Die Aussicht auf einen Beitritt zur EU motivierte die Staaten, den mühsamen Weg der Reformen in Angriff zu nehmen. Das Versprechen kam allerdings bereits einige Jahre vor den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und Holland und vor dem Beginn der langen Serie an Krisen innerhalb der EU ins Wanken. Viele dieser Krisen trafen auch direkt die Westbalkanstaaten. Vor allem die Folgen der Weltwirtschaftskrise waren ein harter wirtschaft-

licher und sozialer Schlag für die ohnehin sozioökonomisch schwachen Staaten der Region. Die innenpolitischen Krisen und die Tendenz zur zunehmenden Instrumentalisierung der EU für innenpolitische Zwecke verstärkte sich in den Jahren seit der Weltwirtschaftskrise 2008. In einigen Staaten wie Mazedonien unter Premierminister Gruevski setzte man auf einen zunehmend autoritären Kurs und entfernte sich de facto von der EU. Serbien und Montenegro setzten formal die Reformen mit Hinblick auf einen EU-Beitrittsprozess fort, diese wurden aber in der Realität konterkariert. In beiden Ländern kam es trotz Reformen zu einem wachsenden Autoritarismus und einer Aufwertung der Führungspersonlichkeiten von Präsident Vučić und Präsident Đukanović bzw. einer Monopolstellung der beiden Regierungsparteien. Während Montenegro rhetorisch noch an der EU-Erweiterung als politische Priorität und Entwicklungsstrategie festhielt, wandten sich einige zentrale politische Akteure in Serbien teilweise von der EU ab und anderen Staaten wie Russland oder China zu. So reagierte beispielsweise der serbische Präsident, Aleksandar Vučić, auf das „Nein“ Frankreichs zur Aufnahme der Verhandlungen mit Nord-Mazedonien und Albanien mit einer klaren Botschaft in Richtung EU, dass sich Serbien nach anderen Partnern umschauchen müsse. „We need to take care of ourselves. That’s the only way, that’s the only approach. Everything else would be very irresponsible“, sagte

Vučić in einem Interview für Financial Times.¹ Die Reaktionen anderer Spitzenpolitiker in der Region fielen ebenfalls ernüchternd aus. Bosnien und Herzegowina sowie der Kosovo machten auf Grund der Komplexität und der Aktualität der internen politischen Krisen so gut wie gar keinen Fortschritt auf dem Weg in die EU. In der Republika Srpska (RS), der kleineren Entität in Bosnien und Herzegowina, setzte Milorad Dodik, ehemaliger Präsident der RS und heutiges Mitglied der gesamtbosnischen Staatspräsidentschaft, immer offener eine Anti-EU-Rhetorik ein. In Albanien wurde vor allem eine Justizreform umgesetzt. Premierminister Edi Rama stellte aber auch immer wieder, zumindest rhetorisch, die EU als einzige Zukunftsoption in Frage.

Generell sank die Zustimmung zur EU in den letzten Jahren bzw. viele Menschen wurden in Bezug auf die EU relativ indifferent. Die heutigen Zustimmungsraten (vor der Corona-Krise) in einzelnen Staaten liegen im Schnitt deutlich unter jenen bis vor zehn Jahren. Die Entscheidung vom Oktober 2019 hatte aber einen zusätzlichen negativen Effekt auf das Image der EU in Südosteuropa. So deuten die neuesten Trends noch vor dem Beginn der Corona-Krise auf ein neuerliches Absinken der Zustimmung zur EU. Nach neuesten Mei-

nungsumfragen Ende des Jahres 2019 in Montenegro sank die Zustimmung zur EU auf 55%, was den niedrigsten Stand seit den Messungen der Zustimmung zur EU darstellt.² In Serbien waren es im Jänner 2020 nur 35% der Bevölkerung, die der Meinung war, dass Serbien der EU beitreten sollte. 38% der Befragten waren explizit der Meinung, dass es Serbien nicht tun sollte, während weitere 27% keine explizite Meinung hatten.³ In Bosnien-Herzegowina ist die generelle Unterstützung für die EU bei den KroatInnen und BosniakInnen weiterhin relativ hoch. Das Balkanbarometer des Regionalen Kooperationsrates (RCC) für 2019 zeigt, dass 47 Prozent der Bosnier immer noch der Meinung sind, dass eine EU-Mitgliedschaft eine gute Sache wäre. 31 Prozent sagen, dass es weder gut noch schlecht wäre, und im Vergleich zum Beginn des EU-Integrationsprozesses im Jahr 2000 fällt auf, dass 17 Prozent der Bosnier glauben, dass die EU-Mitgliedschaft eine schlechte Sache wäre. In der RS ist die EU-Skepsis deutlich ausgeprägter.⁴ Albanien und Kosovo haben traditionell höhere Zustimmungsraten zur EU, diese sind aber in den letzten beiden Jahren auch etwas gesunken.

¹ <https://www.ft.com/content/508dcea4-f4ce-11e9-b018-3ef8794b17c6>

² <https://europeanwesternbalkans.com/2019/12/16/support-for-eu-membership-decreases-in-montenegro/>

³ <https://www.serbianmonitor.com/en/many-no-longer-believe-in-serbias-entry-into-the-eu-support-for-eu-membership-is-taking-a-nosedive/>

⁴ <http://hr.n1info.com/English/NEWS/a416095/Support-to-Bosnia-s-EU-integration-increases-among-citizens-survey-shows.html>

In Nord-Mazedonien war die Unterstützung in der Bevölkerung nach dem Abschluss des Prespa-Abkommens im Jahr 2018 gestiegen, um dann nach der französischen Blockade wieder einem neuerlich gestiegenen Skeptizismus zu weichen. So waren in einer Meinungsumfrage vom Jänner 2020 nur 28% der Befragten der Meinung, dass Nord-Mazedonien innerhalb der nächsten fünf Jahre der EU beitreten wird, was einen Rückgang von 7% in Bezug auf Juli 2019 bedeutet. Etwa 60% der Menschen sind der Meinung, dass sich die Regierung statt auf die EU-Fragen, stärker auf wirtschaftliche und soziale Fragen fokussieren sollte.⁵ Experten aus Nord-Mazedonien schlussfolgerten angesichts dieser Entwicklung: "The European Union has not lost its general appeal in a region which is split between people who long for European integration and people who wish to cut oneself off all foreign partners. But the enlargement process appears murky and often opportunistic".⁶ In Nord-Mazedonien ist die Lage insofern besonders heikel, als die Regierung von Zoran Zaev, die seit der Regierungsübernahme im Jahr 2017 die Reformen vor allem mit dem Versprechen der Belohnung der Reformbemühungen durch die EU und die NATO argumentiert hatte, angesichts des Neins zur Aufnahme der EU-Verhandlungen vorzeitig abgetreten ist und Neuwahlen ausgerufen wurden. Die für April 2020 angesetzten Neuwahlen mussten nun wegen der Corona-Krise auf unbestimmte Zeit verschoben werden. In den Mei-

nungsumfragen liegen die Parteien der Regierungskoalition gleichauf mit den oppositionellen Gegnern, die den EU-Kurs von Zaev stark kritisieren. Die Ende März 2020 getroffene Entscheidung der EU, die Verhandlungen mit Nord-Mazedonien aufzunehmen, wird Zaev und die Reformkoalition sicherlich stärken.

Südosteuropa in Zeiten von Corona-Krise: Neue Dynamiken

Am 17. März 2020, trat der serbische Präsident, Aleksander Vučić, in Belgrad vor die Medien um in wenigen Worten zur Corona-Krise eine fundamentale Wende in der außenpolitischen Ausrichtung Serbiens zu vollziehen. Vučić kritisierte dabei den von der EU Kommission beschlossenen und von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 15. März verkündeten Exportstopp von medizinischen Schutzgütern, wovon auch Serbien betroffen ist. Vučić verkündete: "Ursula von der Leyen hat beschlossen, dass wir kein Recht auf diese Güter haben. Jetzt ist jedem klar, dass die europäische Solidarität nicht existiert. Es war ein schönes Märchen. Die einzigen, die uns jetzt helfen können, ist die Volksrepublik China. Ich habe einen Brief an Xi Jinping geschrieben, ich habe ihn nicht Freund genannt, sondern Bruder, nicht meinen persönlichen Freund, sondern der Freund und Bruder meines Landes. Nur China kann uns

⁵ <https://balkaninsight.com/2020/03/16/north-macedonia-parties-almost-level-before-election-survey/>

⁶ Zoran Nechev, How to Convince the Public that the EU Enlargement is a good idea, 2.2.2019, european-

westernbalkans.com, <https://europeanwesternbalkans.com/2019/02/02/convince-public-eu-enlargement-good-idea>

helfen.“⁷ Wenige Tage später folgte der nächste symbolträchtige Schritt der demonstrativen Zurschaustellung der Freundschaft zwischen Serbien und China bzw. der großen Dankbarkeit Serbiens an China. Am 21. März landete auf dem Belgrader Flughafen die Maschine der serbischen Air Serbia mit medizinischer Schutzausrüstung. Das Flugzeug aus China wurde von Präsident Vučić und einer großen Ministerriege empfangen. Vučić unterstrich in einer pathetischen Rede am Flughafen die enge Bindung zu China und zum chinesischen Präsidenten. „Serbien darf dies (chinesische Hilfe – Anm. d. Autors) nicht vergessen. Übermitteln sie dem chinesischen Volk die Botschaft, wie sehr wir es lieben und wie sehr wir Ihren Präsidenten schätzen. Hier in Belgrad werden ihn hunderttausende Menschen empfangen. Wir sind eiserne Freunde, wir teilen das Gute und das Schlechte.“ Die anwesende chinesische Botschafterin unterstrich im Anschluss daran ihrerseits die enge Freundschaft zwischen China und Serbien und beendete ihre kurze Rede mit den Worten „Borićemo se do pobeđe! Živela Srbija, živela Kina!“⁸ (Wir werden bis zum Sieg kämpfen! Hoch lebe Serbien, hoch lebe China!)⁹

Präsident Vučić nahm den Schaden für die Beziehungen mit der EU nicht nur in Kauf, sondern die Ausrichtung nach China als neuer Hoffnungsträger wurde öffentlich zelebriert. Die Entfremdung

des offiziellen Serbiens und weiterer Teile der Bevölkerung von der EU erreichte somit vor dem Hintergrund und unter Ausnutzung der Corona-Krise eine neue Qualität. Ulrich Ladurner kommentiert diesen Prozess der Entfremdung in einem rezenten Artikel für „Die Zeit“: „Vučić weiß sehr wohl, dass in seinem Land und auf dem ganzen Westbalkan die Enttäuschung über die EU groß ist. Viele Menschen in dieser Region haben – zu Recht – das Gefühl, sie würden von der EU nur als billige Arbeitskräfte gebraucht. Den Beitritt zur EU, der ihnen immer wieder in Aussicht gestellt wird, empfinden sie inzwischen als Chimäre. Dafür haben sie gute Gründe.“ Ladurner sieht die Gefahr, dass andere Länder der Region dem serbischen Beispiel folgen könnten „Die Coronakrise lähmt die EU. Jetzt muss sie zusehen, wie der wichtigste Staat auf seiner südosteuropäischen Flanke wegzubrechen droht. Der Unterwerfungsgeste Vučićs gegenüber China könnten andere Politiker der Region folgen. Bestimmend für die Politik der EU war die Überzeugung, dass der Westbalkan nicht verloren gehen kann – welche Enttäuschungen man den Menschen dort auch immer bereitet, sie hätten keine Alternative zur EU. Vučićs Wutvideo ist ein Beleg dafür, dass dies eine Illusion ist, geboren aus europäischer Selbstgefälligkeit.“¹⁰

⁷ Online: <https://www.blic.rs/vesti/politika/kineska-televizija-prenela-Vučičev-govor-i-molbu-za-pomoc-u-pucenu-si-djinpingu/hpwlftj>. Übersetzt aus dem Serbischen durch den Autor.

⁸ [https://www.kurir.rs/vesti/drustvo/3432173/prijatelji-dolaze-u-](https://www.kurir.rs/vesti/drustvo/3432173/prijatelji-dolaze-u)

[pomoc-srbiji-protiv-korone-pratite-dolazak-kineskih-strucnjaka-i-opreme-uzivo](https://www.kurir.rs/vesti/drustvo/3432173/prijatelji-dolaze-u-pomoc-srbiji-protiv-korone-pratite-dolazak-kineskih-strucnjaka-i-opreme-uzivo)

⁹ Ebd.

¹⁰ Ulrich Ladurner, Schritt für Schritt zum Brückenkopf Chinas, Die Zeit, 18.3.2020, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-03/serbien-coronavirus-china-europaeische-union-eu-beitritt>

Die EU war nach dem deutlichen Signal Vučićs sehr bemüht, ihrerseits die Nähe zu Serbien und zu anderen Staaten in der Region zu betonen. In Richtung der gesamten Region des Westbalkans betonte man, dass die Zukunft der Region in der EU liege, die EU weiterhin der wichtigste Handelspartner in der Region sei und weiterhin den Ländern zur Seite stehen werde. Der Hohe Vertreter der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik, Josep Barrot, sprach mit Aleksandar Vučić wenige Tage nach der „China-Wende“ und versprach eine konkrete Unterstützung der EU bei der Bekämpfung des Corona-Virus. Die einzelnen Leiter der Delegationen der EU-Kommission in den Staaten des Westbalkans präsentierten die ersten konkreten Zahlen an Hilfsgeldern. In Serbien bemühte sich der dortige Leiter der EU-Delegation, Sem Fabrici, zu versichern, dass es entgegen den Worten der Kommissionspräsidentin Von der Leyen keinen Stopp auf die Ausfuhr medizinischer Ausrüstung aus der EU gebe, sondern dass dies unter Zustimmung des jeweiligen Landes der EU, aus dem die Produkte ausgeführt werden, weiterhin möglich sein solle. Im selben Atemzug verkündete er eine erste Direkthilfe für den medizinischen Sektor über 7,5 Millionen Euro und stellte die Reprogrammierung des Teils der 200 Millionen Euro starken IPA-Beitrittshilfen für Serbien in Aussicht, um Hilfe bei der Bekämpfung des Corona-Virus zu leisten. Auch der Leiter der EU-Delegation in Bosnien-Herzegowina, Johann Sattler, versprach schnelle Hilfe der EU und konnte am 23. März die ersten konkreten Zahlen präsentieren, nämlich

sieben Millionen Euro an direkter Hilfe der EU für die unmittelbaren medizinischen Notfälle sowie weitere 50 Millionen Euro für die Unterstützung der Wirtschaft.¹¹ In Albanien konnte der EU-Botschafter Luigi Soreca am 24. März ebenfalls eine Unterstützung der EU verkünden: 4 Millionen Euro an direkten Hilfen im medizinischen Bereich, 11 Millionen für den sozialen Bereich und bis zu 35 Millionen Euro für eine wirtschaftliche Erholung.¹² Diese langsam und in kleinen Schritten erfolgte Strategie der neuerlichen Zuwendung zur Region kann aber nicht den Eindruck vermindern, dass mit dem Schritt von Vučić und seiner demonstrativen Hinwendung zu China eine Linie in der Beziehung zwischen der EU und der Region überschritten wurde, die bis vor kurzem noch unmöglich erschien. Die EU scheint zumindest am Beginn der Corona-Krise nur zu reagieren anstatt eine klare Strategie und proaktive Politik zu verfolgen.

Es stellt sich die Frage, welche Folgen eine weitere Schwächung der EU und Hinwendung einiger Staaten zu anderen geopolitischen Playern langfristig haben wird, zumal dieser Trend seit einiger Zeit anhält. Die Hinwendung zu Russland und China in Serbien und der Republika Srpska in Bosnien-Herzegowina, aber auch in Montenegro beispielsweise, ist in den letzten Jahren immer offensichtlicher geworden. Gleichzeitig sind auch gestiegene Sympathien der bosnischen Muslime (Bosniaken) und der Muslime im Kosovo und in Albanien zur Türkei merkbar.

¹¹ <http://europa.ba/?p=68203>

¹² Twitter-Eintrag von Luigi Soreca (LSorecaEU) am 24.3.2020

Wenn man in den einzelnen Staaten des Balkans die Frage nach der Popularität bestimmter Politiker stellt, dann ist der russische Präsident Vladimir Putin in Serbien und in der Republika Srpska mit Popularitätsraten von über 70% an der Spitze zu finden. Im öffentlichen Diskurs und im politischen Leben wird die Nähe Russlands und die von Putin offen gesucht und hilft den Politikern in Wahlkämpfen. Auch am Beginn der Corona-Krise finden sich in Serbien und in der Republika Srpska verstärkt vor allem in den Boulevardmedien Berichte, in denen die Hilfe und Unterstützung aus Russland für die Bekämpfung der Corona-Krise angekündigt wird. Die „Bruderschaft“ Russlands mit dem serbischen Volk wird betont.¹³

Ein Akteur, der sich in den letzten Jahren zunehmend als starker Player am Balkan etabliert hat und nun in Zeiten der Corona-Krise in einigen Teilen der Region (vor allem in Serbien) rapide an Bedeutung gewinnt, ist China. Im Fall des chinesischen Engagements stellt sich die Lage, im Vergleich zu Russland, etwas anders dar. China verfolgte in der Region bislang vor allem strategische infrastrukturelle und wirtschaftliche Interessen und positionierte sich zumindest nicht direkt und explizit als Gegner oder Konkurrent zur EU und NATO. Die Investitionen Chinas in die Wirtschaften der Region wurden bislang von allen Staaten des Balkans willkommen geheißen. Im Rahmen

der globalen „Belt and Road Initiative“, gehören die Investitionen in die Infrastruktur von Griechenland über Mazedonien, Montenegro und Serbien bis nach Ungarn zu einem zentralen Pfeiler der chinesischen Politik. Hier geht es um den Bau der Autobahnen und der Zugstrecken in der Region. China investierte auch in die Stahlindustrie in Serbien, vor allem in das Stahlwerk in Smederevo. Zugleich springt China immer öfter als Kreditgeber für die Staaten der Region ein. Laut den Zahlen aus dem Jahr 2019 waren 39% der Kredite in Montenegro chinesischer Herkunft, 20% in Nord-Mazedonien und 14% in Bosnien-Herzegowina.¹⁴ Diese Ziffer dürfte in der Zwischenzeit gestiegen sein bzw. es ist zu erwarten, dass sich der Trend nach der Corona-Krise weiter verstärkt. Es gab in den letzten Jahren zahlreiche Bedenken, dass das chinesische Engagement nicht transparent genug ist, dass die strikten europäischen Vergabegesetze und andere rechtliche Normen nicht eingehalten oder umgangen werden und dass auf Umweltkriterien oder auch kritische zivilgesellschaftliche Stimmen gegen große Infrastrukturprojekte nicht eingegangen wird. China exponierte sich in der Region – zumindest derzeit – aber kaum politisch und stellte sich keineswegs gegen die EU oder die NATO. Ob hinter wirtschaftlichen Interessen, die derzeit dominieren, in der Zukunft nicht auch andere – und hier durchaus auch geo- politische – Interessen

¹³ Vgl. beispielsweise <https://www.alo.rs/vesti/politika/rusija-ce-pomoci-srbiji/296050/vest>; <https://www.srbijadanas.com/vesti/drustvo/rusija-pomoc-celom-svetu-stize-i-u-srbiju-kljucno-oruzje-u-borbi-protiv-pandemije-2020-03-21>;

<https://www.vesti-online.com/pomoc-srbiji-ruska-humanitarna-misija-angazovana-u-borbi-protiv-korona-virusa/>; etc.

¹⁴ Pierre Mirel, European Union-Western Balkans: For a Revised Membership Negotiation Framework, Foundation Robert Schuman, Policy Paper, No 529, 30.9.2019

Chinas zum Vorschein kommen werden, lässt sich aus heutiger Sicht nicht beurteilen. Im Zuge der Corona-Krise und mit demonstrativ zur Schau gestellten Hinwendung von Vučić Richtung China passierte es nun zum ersten Mal, dass China als Alternative zur EU dargestellt wird. Die zentrale Frage lautet nun, welche Folgen dies für die Demokratieentwicklung in der Region haben wird. Am Westbalkan haben sich die Demokratisierungsprozesse in den letzten Jahren deutlich verlangsamt. Die Region des Balkans wurden in den Jahren seit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015 immer mehr als Schutz vor MigrantInnen und Transitzone gebraucht, für den man kooperative politische Regime in der Region benötigte. Im Gegenzug drückt man ein Auge zu bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit, Freiheit der Medien etc.¹⁵ Einige Staaten wie Serbien aber auch Montenegro verzeichnen daher gerade in den letzten Jahren den stärksten Demokratieabbau in der gesamten Region.¹⁶ Die zunehmende Präsenz und normative Wirkung anderer Herrschaftsmodelle, die von Russland, China oder der Türkei repräsentiert werden, stellt selbstredend die EU und die europäische Demokratie als das primäre oder das alleinige Role-Model für die Entwicklung der Gesellschaften am Balkan immer deutlicher in Frage. In Zeiten der Corona-Krise droht damit – zumindest in einigen Staaten der

Region – eine weitere Autokratisierung der Gesellschaften.

Neue Zeitenrechnung nach der Corona-Krise - Vertiefung der Entfremdung oder neue europäische Solidarität in Südosteuropa?

Nach ersten Schätzungen (Ende März 2020) werden die volkswirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise enorm sein. Es wird derzeit von einem deutlichen Rückgang des Wirtschaftswachstums in der EU ausgegangen und starken negativen Folgen auf den Arbeitsmarkt, verbunden mit neuen Herausforderungen im sozialen Bereich. Ähnliche Einschnitte sind in den viel stärker verwundbaren Ökonomien und Gesellschaften Südosteuropas zu erwarten. In allen Staaten geht man davon aus, dass sich das wirtschaftliche Wachstum sehr stark verlangsamen wird und damit einhergehend die Anzahl der Arbeitslosen und der schweren sozialen Fälle zunehmen wird. Basierend auf den regionalen Erfahrungen nach der Weltwirtschaftskrise wird dies nicht ohne gravierende politische Folgen bleiben. Ein weiterer Anstieg der autoritären Praktiken und des Nationalismus ist nicht auszuschließen. In der Frage der Erweiterung und der EU-Integration muss daher die Frage gestellt werden, ob die Post-Corona-Zeit einen de-facto Tod der EU-Erweiterung bedeuten würde? Oder ob sie womöglich doch eine Chance sein könnte, um die EU-Erweiterung als zentrale Politik der EU zu

¹⁵ Vgl. Debatte zur Stabilitokratie, Florian Bieber et al 2019 und Bieber 2020

¹⁶ Vgl. Freedom in the World Report 2020, https://freedomhouse.org/sites/default/files/2020-02/FIW_2020_REPORT_BOOKLET_Final.pdf und Democracy Report 2020 vom V-Dem-Institut, März 2020

https://www.v-dem.net/media/filer_public/51/43/51434648-2383-4569-84d0-e02fbd834b3e/v-dem_democracyreport2020_20-03-18_final_lowres.pdf

revitalisieren? Dass inmitten der ersten Phase der Corona-Krise die Entscheidung getroffen wurde, die Verhandlungen mit Nord-Mazedonien und Albanien doch aufzunehmen, stimmt positiv. Die strukturellen Parameter verschlechtern sich aber zusehends. Nicht zuletzt öffnet sich in der EU selbst gerade eine neue Debatte über die Folgen der Corona-Krise auf die demokratischen Systeme in einzelnen Staaten und vor allem auf Grund- und Freiheitsrechte, die derzeit zwecks Bekämpfung der Krise temporär ausgesetzt werden. In einigen Staaten wie Ungarn greift die Regierung sehr bewusst in die demokratischen Institutionen und Prozeduren ein mit dem Zweck, diese zu begrenzen und ihrer kontrollierenden Macht zu berauben. Die Ankündigung der Suspendierung des Parlaments und des Regierens per Dekret von Viktor Orbán am 20. März 2020 ließ bei vielen die Alarmglocken schrillen. Paul Lendvai beschrieb das Vorhaben von Orbán in „Der Standard“ als einen ersten Schritt zum ersten „diktatorisch regierten Mitgliedsstaat der Europäischen Union“.¹⁷

Die Corona-Krise wird nicht nur in Ungarn, sondern auch in einigen Westbalkanstaaten offensichtlich als Herrschaftsinstrument in Händen der starken Regierungsstrukturen eingesetzt. Die Einführung der militärisch und polizeilich streng

überwachten Polizeisperrstunden in vielen Staaten der Region und ein Heranziehen der Macht- und Entscheidungsbefugnisse an Einzelpersonen wie Aleksandar Vučić in Serbien, lassen bei vielen demokratischen Kräften in der Region die Alarmglocken läuten.¹⁸ In Serbien mehren sich die Stimmen von Rechtsexperten, die Aleksandar Vučić vorwerfen, den am 15. März verhängten Notstand ohne verfassungsrechtliche Grundlage ausgerufen zu haben. In Montenegro wird seit dem Auftauchen der ersten Fälle an Corona-Erkrankten auf der Webseite der Regierung laufend eine aktualisierte Liste mit den Namen und Adressen von Bürgern veröffentlicht, die unter Quarantäne stehen. Laut dem montenegrinischen Premierminister Duško Marković, sei jetzt keine Zeit für Debatte über die rechtlichen Probleme im Kontext des Schutzes personenbezogener Daten.¹⁹ Zu diesen sehr problematischen Entwicklungen kommt eine zunehmende Militarisierung des öffentlichen Diskurses hinzu, die sich nahtlos im öffentlichen Raum fortsetzt. Die Bilder von Polizisten und Soldaten, die mit geladenen Maschinengewehren und gepanzerten Fahrzeugen in Tirana oder Belgrad patrouillieren, verstärken das Klima der Angst und lassen nicht nur die Frage nach der Recht- und Verhältnismäßigkeit, sondern auch

¹⁷ Paul Lendvai, Ungarn vor der Diktatur, Der Standard, 23.3.2020, <https://www.derstandard.at/story/2000116068044/ungarn-vor-der-diktatur>

¹⁸ Einen guten Überblick über die Entwicklungen und Zahlen am Beginn der Corona-Krise (Mitte März) bieten folgende Übersichtsdarstellungen:

[https://www.derstandard.at/story/2000116070617/corona-resilienz-tests-](https://www.derstandard.at/story/2000116070617/corona-resilienz-tests-und-betten-auf-der-intensivstation)

[und-betten-auf-der-intensivstation](https://www.ard-wien.de/2020/03/24/coronaupdate-suedosteuropa-und-oesterreich-24-03-2020/) und

<https://www.ard-wien.de/2020/03/24/coronaupdate-suedosteuropa-und-oesterreich-24-03-2020/>

¹⁹ Vgl. <https://www.dw.com/de/corona-krise-in-suedosteuropa-quarantäne-für-den-rechtsstaat/a-52896701>

nach dem Missbrauch der Krise für politische Herrschaftszwecke offen.

Man befürchtet, dass das autoritäre „Handling“ der Corona-Krise nahtlos an die bereits vor der Corona-Krise deutliche Autokratisierung der Gesellschaften anschließen und somit die Demokratieentwicklung zusätzlich gefährden wird.²⁰ Wie das aktuelle Beispiel aus Serbien zeigt, wird die außenpolitisch eingeschränkte Handlungsfähigkeit der EU in Zeiten der Corona-Krise, und das gleichzeitig sich schnell verbreitende Gefühl des Alleingelassenseins der Staaten in Südosteuropa, den Entfremdungsprozess zwischen der Region und der EU vermutlich zumindest kurzfristig verstärken. Die Hinwendung zu anderen geopolitischen Playern, vor allem zu China in Serbien und der Republika Srpska, wird sich fortsetzen. Für die EU gibt es in dieser Situation eine zentrale Maxime, und die lautet, dass man bei allen Schritten, die man auf der EU-Ebene zur Eindämmung der Corona-Krise überlegt, die Staaten des Westbalkans inkludieren sollte. Die Überlegungen zur Reprogrammierung der IPA-Gelder (Instruments of Pre-Accession Assistance der EU), die ursprünglich für andere Bereiche reserviert wurden und nun der Unterstützung bei der Bekämpfung der Corona-Krise dienen sollen sind ein erster Schritt. In einem weiteren Schritt wäre es ratsam, die Solidaritätsfonds der EU auch für die Westbalkanstaaten zugänglich zu machen.

Gleichzeitig ist es enorm wichtig, immer wieder die enorme Unterstützung der EU für die Entwicklung der einzelnen Staaten und der gesamten Region zu betonen. Hier geht es nicht nur um die Unterstützung bei demokratischen Reformen, sondern auch um Handelsströme aber auch Ströme des Humankapitals aus der Region, die klar in Richtung EU ausgerichtet sind. Allein im Handelsbereich ist es so, dass 75% des Gesamthandels in der gesamten Region des Westbalkans mit den EU-Staaten abgewickelt wird, während hingegen nur 8% auf China und 7% auf Russland entfallen.²¹

Auch Österreich mit seinem Engagement und der Präsenz in der Region kommt in Zeiten des Corona-Virus eine besondere Rolle zu. Die Nähe Österreichs zur Region bzw. der Region zu Österreich sowie dem langfristigen Engagements Österreichs (im Handels- und Wirtschaftsbereich, im Bereich der Unterstützung der Sicherheit der Region durch die militärischen Einsätze des österreichischen Bundesheeres im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina oder durch kulturelle und künstlerische Aktivitäten) stellen nahezu eine Verpflichtung für eine noch stärkere Unterstützung Südosteuropas in Zeiten der Corona-Krise dar. Die EU und vor allem jene Staaten innerhalb der Union, die sich für eine demokratische und europäische Region des Westbalkans einsetzen, müssen danach trachten, dass nach der Corona-Krise die Erweiterung und die weitere starke Anbindung der Region an die EU vorangetrieben

²⁰ Vgl. dazu die bereits umfangreiche Debatte auf der unabhängigen Medienplattform „Pescanik“ (pescanik.net)

²¹ Pierre Mirel, European Union-Western Balkans: For a Revised Membership Negotiation Framework, Foundation Robert Schuman, Policy Paper, No 529, 30.9.2019

wird. Für Österreich wäre das eine weitere Chance, eine aktivere und vorausschauende engagierte Außenpolitik in der Region zu betreiben. In Zeiten von neuen Spaltungen ist die EU als demokratisches Vorbild die einzige Institution, die demokratischen Kräften in der Region unter die Arme greifen und damit versuchen kann, die Region vor einem weiteren Abrutschen in den Autoritarismus zu bewahren. Zudem muss noch einmal betont werden, dass es auch aus wirtschaftlicher und strategischer Perspektive folgenschwere wäre, eine buchstäblich inmitten von Europa liegende Region, trotz der derzeitigen Corona-Krise, zu vernachlässigen. Eine weitere und stärkere Integration der Region muss eines der zentralen Ziele der EU werden.

Vielleicht wird die Region Südosteuropas jene Region sein, in der die EU nach der derzeitigen Krise die Einigkeit und die eigene Funktionalität unter Beweis stellen können. Dass sich die EU inmitten der Corona-Krise Ende März doch zur Entscheidung durchringen konnte, das grüne Zeichen

für den Beginn der Verhandlungen mit Nord-Mazedonien und Albanien zu geben, ist ein wichtiger erster Schritt zur Wiedererlangung der Handlungsfähigkeit der Union in Südosteuropa. Dass die EU aber gleichzeitig bei der derzeitigen Regierungskrise im Kosovo, wo inmitten der Corona-Krise Hashim Thaci mit Hilfe der US-Amerikaner die neue Regierung von Albin Kurti erfolgreich zu Fall gebracht hat, ziemlich hilflos war und diesen für den Kosovo folgenschweren Schritt nicht verhindern konnte, stimmt wiederum bedenklich.²² In Brüssel und europäischen Städten muss man sich auch inmitten der Corona-Krise bewusst sein, dass es eines neuerlichen intensiven und gut koordinierten Engagement der EU bedarf, um die negativen politischen Folgen der Corona-Krise und ein schnelles Abdriften Südosteuropa zu autoritären Alternativen zu verhindern. Der Einsatz und der Kampf der EU für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in- und außerhalb der Union haben auch in Zeiten von Corona keine Alternative.

²² <https://balkaninsight.com/2020/03/25/no-confidence-vote-topples-kurti-govt-in-kosovo/>